

Berlin, 23.04.2024

Bericht des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz im Nachgang zum informellen EU-Ministerrat (Verbraucherschutz) am 19. April 2024 in Brüssel

Am 19. April 2024 fand unter belgischer (BEL) EU-Ratspräsidentschaft das siebte informelle Treffen der Verbraucherschutzminister*innen in Brüssel statt. Gegenstand der Diskussionen waren die verbraucherpolitischen Prioritäten der nächsten EU-Legislaturperiode.

Es wurde folgende Tagesordnung behandelt:

- **Arbeitssitzung 1:** Ein fairer Binnenmarkt: Gebrauchtwagen (Tachobetrug), grenzüberschreitende Verbraucherrechtsdurchsetzung, Risiko der finanziellen Ausgrenzung
- **Arbeitssitzung 2:** Digitaler Wandel: nachhaltiger E-Commerce, Künstliche Intelligenz und Influencer Marketing

Die Bundesregierung war durch Staatssekretärin Dr. Rohleder vertreten.

Zu Beginn der Sitzung führten Staatssekretärin Alexia Bertrand als Vertreterin der BEL EU-Ratspräsidentschaft und anschließend Generaldirektorin (GD) Ana Gallego Torres (DG Just) als Vertreterin der EU-Kommission (EU-KOM) thematisch in die einzelnen Punkte der Tagesordnung ein.

GDn Gallego blickte auf das Erreichte der zu Ende gehenden EU-Legislaturperiode zurück. Verbraucher*innen seien auf dem digitalen Markt besser geschützt und ihre Rolle im grünen Wandel sei gestärkt worden. Die EU-KOM werde in Kürze eine Bestandsaufnahme zum Schutzniveau des EU-Rechts im digitalen Raum in ihrem Digital Fairness-Fitness Check vorlegen. Diese Evaluation werde zeigen, welche Initiativen noch nötig seien.

Allgemein kündigte sie für die nächste EU-Legislaturperiode unter Bezugnahme auf den kürzlich vorgestelltenso genannten Letta-Bericht zur Zukunft des EU-Binnenmarkts den Schwerpunkt Nachhaltigkeit und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit an.



(<https://www.consilium.europa.eu/media/ny3j24sm/much-more-than-a-market-report-by-enrico-letta.pdf>)

Die Vorsitzende des EP-IMCO-Ausschusses, Anna Cavazzini, teilte die positive Einschätzung von GD Gallego zur Bilanz und lenkte das Augenmerk – auch durch Zitat des o.g. Letta-Berichts – für die Zukunft auf eine grünere und resilientere EU sowie die Schließung von Schutzlücken. Sie unterstrich insbesondere – auch im Hinblick auf neue Geschäftsmodelle – die Notwendigkeit, das Ungleichgewicht zwischen Verbraucher*innen und digitalen Anbietern zu adressieren.

In der **ersten Arbeitssitzung** (ein fairer Binnenmarkt) ging es um Möglichkeiten zur Verhinderung des Tachobetrugs bei Gebrauchtwagen. BEL stellte die nationale Initiative „Car Pass“ vor: Mit Hilfe einer Datenbank werde Transparenz über den Tachostand gewährleistet. Das Ausmaß des Tachobetrugs sei dadurch erheblich zurückgegangen. Einzelne MS stellten ihre vergleichbaren Modelle vor. Einige Mitgliedstaaten (MS) sprachen sich dafür aus, dass die EU-KOM Möglichkeiten der besseren Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Tachobetrugs überprüfen solle.

Zur geplanten Reform des grenzüberschreitenden CPC-(Consumer Protection Cooperation)-Netzwerks plant die EU-KOM, Anfang 2025 Vorschläge vorzulegen. Viele MS sprachen sich dafür aus, der EU-KOM in bestimmten Fällen mehr Befugnisse bei Ermittlungen und Sanktionen zu übertragen und regten an, die bestehenden Strukturen effizienter zu gestalten und die Zusammenarbeit zu intensivieren. Viele MS forderten Lösungen zur besseren Rechtsdurchsetzung gegenüber Anbietern aus Drittstaaten, insbesondere Online-Plattformen.

Einhellig betonten die MS vor dem Hintergrund der zunehmenden Digitalisierung die Notwendigkeit, Zugang zu Bankdienstleistungen zu gewährleisten. Zur Minderung des Risikos der finanziellen Ausgrenzung erwähnten einige MS ihre entsprechenden Initiativen wie die Erhaltung von Bankautomaten in einem bestimmten Radius oder die Durchführung von Bildungskampagnen.

In der **zweiten Arbeitssitzung** (digitaler Wandel) sprachen sich einige MS dagegen aus, einen nachhaltigen E-Commerce durch die Einschränkung von Verbraucherrechten (wie das Widerrufsrecht) zu fördern. Vorgeschlagen wurden stattdessen u.a. die Verwendung recyclebarer und an die Größe des Produkts angepasster Verpackungen, die Nutzung von Abholstationen, validere Informationen über die Beschaffenheit und Größe von Produkten zur Vermeidung von Retouren sowie die Information der Verbraucher*innen über nachhaltige Lieferoptionen.

Zum Thema „Dark Pattern“ und Personalisierung im digitalen Verbraucheralltag waren sich die MS einig, dass die auch durch Künstliche Intelligenz beförderte Zunahme solcher Praktiken für Verbraucher*innen viele Risiken bedeute. Designs wie Auto-play, Rabatt-Countdowns und Endlosscrollen würden einen Kaufdruck erzeugen, die psychische Gesundheit gefährden sowie den Überkonsum anheizen. Viele MS forderten für die kommende EU-Legislaturperiode weitere Regulierungen, u.a. eine Generalklausel für Dark Pattern, aber auch Verbote (Blacklist der Unfair Commercial Practices Directive). Die EU-Gesetzgebung müsse technologieoffen sein und schnell auf Neuentwicklungen reagieren können. Einzelne MS rieten dazu, die bisherige Gesetzgebung auszuwerten, bevor neue Gesetzesinitiativen ergriffen würden. Einzelne MS appellierten, den Kinder- und Jugendschutz zu stärken (z.B. durch bessere Altersüberprüfungen).

Die MS regten an, die Regeln zum Influencer Marketing in der EU zu harmonisieren, insbesondere die Regeln zur Kennzeichnung. Werbeverbote bezüglich Alkohol, Glücksspiele, Tabak, Bitcoins und Finanzdienstleistungen sollten diskutiert werden. Vereinzelt wurde das bisherige Recht einschließlich der Auslegungshinweise der EU-KOM als ausreichend angesehen.

Schlussfolgernd skizzierte GDn Gallego die drei Schwerpunkte der Consumer Agenda 2030: Adressierung der Herausforderungen für Verbraucher*innen in einem hochtechnologischen Umfeld (u.a. Bekämpfung von Diskriminierung), Stärkung der Rechtsdurchsetzung sowie Unterstützung der Verbraucher*innen bei der Wahl nachhaltiger Optionen.

In den Schlussworten hob BEL Staatssekretärin Bertrand hervor, dass der EU-Binnenmarkt auch in Zukunft Verbraucher*innen einen sicheren und vertrauensvollen Rahmen bieten müsse, damit diese selbstbestimmte Entscheidungen treffen können.